



# PROTOKOLL

## der Herbst-Delegiertenversammlung 2019

- Datum:** Mittwoch, 13. November 2019 – 10.00 h bis 16.00 h
- Ort:** Konzertsaal Stadttheater, Frobургstrasse 3, Olten
- Anwesend:** 95 Delegierte (gemäss Eintrag Delegiertenverzeichnis), Vorstands- und Gremienmitglieder, MitarbeiterInnen der Geschäftsstelle, LizenznehmerInnen, PressevertreterInnen und Gäste gemäss Präsenzliste
- Leitung:** Urs Brändli, Präsident Bio Suisse
- Protokoll:** Karin Nowack, stv. Verbandskoordination
- 

### TRAKTANDENLISTE

#### 1 Statutarische Geschäfte

- 1.1 Begrüssung, Traktandenliste, Stimmzähler
- 1.2 Protokoll der DV vom 17. April 2019
- 1.3 Genehmigung Jahresplanung und Budget 2020

#### 2 Weitere Beschlüsse

- 2.1 Parolen Volksinitiativen Trinkwasser und Schweiz ohne synthetische Pestizide
- 2.2 Bestätigung Wahl Qualitätsgremium
- 2.3 Pflichtmitgliedschaft für Knospe-Schweineproduzenten

#### 3 Richtliniengeschäfte

- 3.1 Befristete Zulassung GVO-Impfstoff Vaxxitek bei Mastpoulets
- 3.2 Weisung Mastgeflügel (Mastjunghähne)

#### 4 Informationsgeschäfte

- 4.1 Bildungsziele Bio Suisse 2030
- 4.2 Bericht über politische Geschäfte
- 4.3 Distributionspolitik
- 4.4 Umsetzung der neuen Weisung Importeinschränkungen
- 4.5 Referat von Jan Plagge, Bioland Deutschland

# 1 Statutarische Geschäfte

## 1.1 Begrüssung, Traktandenliste, Stimmzähler

Urs Brändli, Präsident, eröffnet die Versammlung, begrüsst die Delegierten, die Gäste und die Presse. Er erinnert an die Gesamtwahl des Vorstandes im nächsten Frühjahr und dass neue Vorstandsmitglieder gesucht werden. Christina de Raad Iseli, Vorstand, richtet Begrüssungsworte in Französisch an die Anwesenden. Balz Strasser, Geschäftsführer, begrüsst die Anwesenden im Namen der Geschäftsstelle. Er blickt kurz auf sein erstes Jahr als Geschäftsführer der Bio Suisse zurück. Das intensivste Geschäft war die Distributionspolitik, das in einem basisdemokratischen Prozess im Frühjahr/Sommer behandelt wurde. Weiter beschäftigten ihn die verschiedenen Gremien und Gefässe, die sich mit vielen Geschäften und Themen befassten. Es gilt, die Prozesse und die Zusammenarbeit in und zwischen den Gefässen weiter zu optimieren. Balz Strasser bedankt sich für die konstruktive Zusammenarbeit im ersten Jahr.

Der bisherige Verbandskoordinator Christian Voegeli hat Bio Suisse per Ende September 2019 verlassen. Er wurde auf der Geschäftsstelle und an der Präsidentenkonferenz (PK) gebührend verabschiedet. Der neue Verbandskoordinator Thomas Herren wird kurz vorgestellt.

Die Entschuldigungen sind auf der Liste im Versammlungsbüro ersichtlich.

Als Stimmzähler gewählt werden Tamara Stoller (Bio ZH und SH), Richard Schierscher (Bio Liechtenstein), Francine Riesen (Bärner Bio Buure), und Markus Schöni (Bio Jura). Als Chef Versammlungsbüro wird Willi Büchel (Bio Liechtenstein) gewählt.

Urs Brändli bedankt sich für die eingegangenen Anträge.

Fünf Anträge zu traktandierten Geschäften sind vorgängig eingegangen. Ein Antrag zu Traktandum 1.3 Genehmigung Jahresplanung und Budget von der Bergheimat am 11.11.2019, ein Antrag zu Traktandum Parolen Volksinitiativen Trinkwasser und Schweiz ohne synthetische Pestizide von der Bergheimat am 11.11.2019, ein Antrag zu Pflichtmitgliedschaft für Knospe-Schweine-Produzenten des Vorstandes am 1.11.2019, ein Antrag zum Traktandum 3.1 Befristete Zulassung Vaxxitek von der Bergheimat am 11.11.2019 und ein Antrag zum Traktandum Weisung Mastgeflügel (Mastjunghähne) der IG Bio Ei am 15.10.2019.

Zudem ist folgende Anfrage am 8.11.2019 von Bio Genève eingetroffen: Handhabung sozialer Konflikte in Knospe-Landwirtschaftsbetrieben. Alle Anträge wurden auf der Website publiziert. Weitere Anträge können während der DV schriftlich im Versammlungsbüro eingereicht werden.

100 Delegierte und 37 Ersatzdelegierte aus den 32 Bio Suisse Mitgliedorganisationen wurden statuten-gemäss einberufen. Die DV ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der gewählten Delegierten im Saal vertreten sind (Statuten Art. 22). Bis Versammlungsbeginn haben sich 95 Delegierte respektive deren Ersatzdelegierte eingeschrieben. Insgesamt nahmen 95 Delegierte an der Versammlung teil.

⇒ **Die Delegiertenversammlung ist beschlussfähig.**

## 1.2 Protokoll der DV vom 17. April 2019

Das Protokoll der DV vom 17. April 2019 wurde mit der Einladung zur Delegiertenversammlung verschickt.

Maurus Gerber, Bergheimat, meldet sich mit einer Frage zum Protokoll: In der Jahresrechnung 2018 wurden fast 4 Millionen Franken Überschuss verbucht. Er beantragt daher, im nächsten Jahr auf das Einziehen der Mitgliederbeiträge zu verzichten.

Urs Brändli entgegnet, dass dieser Überschuss, wie an der Frühlings-DV erklärt wurde, rein buchhalterisch war, da die Rechnungsstellung der Lizenzgebühren geändert wurde. Effektiv ist nicht mehr Geld vorhanden. Er bittet Maurus Gerber, falls noch erwünscht, den Antrag beim Traktandum Budget zu formulieren.

Das Protokoll wird ohne Gegenstimme genehmigt, mit grossem Dank – ein letztes Mal - an den Protokollführer Christian Voegeli.

### 1.3 Genehmigung Jahresplanung und Budget 2020

---

Die detaillierte Jahresplanung und das Budget wurden mit dem DV-Versand am 9.10.2019 verschickt. Balz Strasser präsentiert einige wichtige Punkte aus der Planung anhand von sechs Folien. Es wird uns weiterhin die Umsetzung der Strategie Avanti 2025 beschäftigen. Wir erarbeiten eine Digitalstrategie für die ganze Bio Suisse. Die Stärkung der MOs ist im Fokus. Wir planen, Forschungsschwerpunkte zu definieren und organisieren das Nationale Bioforschungsforum Ende 2020. Die Website knospelhof.ch wird überarbeitet. Das Programm «von Bauer zu Bauer» wird auf den Bereich Ackerbau erweitert. Im Bereich Marketing und Märkte verstärken wir die Absatzförderung für Milch und Fleisch und bearbeiten die Online-Märkte und das Beschaffungswesen der Städte und Gemeinschaftsgastronomie. Das Jahresthema in der Kommunikation wird sein: «Mehr Bio! Mehr Vielfalt». Dank der wieder besetzten Medienstelle planen wir eine Verstärkung der Medienarbeit.

Monika Rytz, Vorstand, präsentiert das Budget 2020. Bei den Zahlen für das nächste Jahr ist zu beachten, dass - wie schon für das Jahr 2019 - die Betriebsaufwände nicht mehr auf die einzelnen Ausgabenposten umgelegt werden; deshalb weisen verschiedene Posten deutlich geringere Zahlen auf als 2018.

Monika Rytz zeigt auf Folien die geplanten Ausgaben sowie Details der Marketingausgaben, Absatzförderung Milch und zweckgebundene Mittel. Die Entwicklung der Ausgaben präsentiert sie auf einer Balkengrafik mit Mehrjahresvergleich, die geplanten Einnahmen im Vergleich zum Budget 2019 und Abschluss 2018 sowie in einer Kuchengrafik. Die erwarteten Einnahmen sind eher defensiv gerechnet, da zum Zeitpunkt der Budgetierung die Details der Distributionspolitik noch offen waren.

Monika Rytz spricht die neue geplante Finanz-Berichterstattung für die Delegierten an. «Es ist uns ein Anliegen, Transparenz und Verständlichkeit zu erhöhen. Wir suchen drei Mitglieder, die die erste Fassung gegenlesen können und ihre Einschätzung abgeben können.»

Fragen und Kommentare zum Budget oder der Jahresplanung:

Frank Siffert, Bio-Vaud, hat eine Frage. Bei den Bundesbeiträgen war mal von mehr Geld die Rede, warum sind jetzt nur 1,2 Mio. Franken Bundesgelder budgetiert?

Jürg Schenkel, Leiter Marketing Bio Suisse, antwortet, dass dies eine vorsichtige Budgetierung sei, eventuell gibt es noch mehr Geld. Diese Gelder werden immer sehr genau überprüft und detailliert budgetiert.

Sepp Sennhauser, Bio Ostschweiz, wüsste gerne zu den Budget-Posten Milchaktivitäten SMP 2020 und Marketing Kommunikation von 720'000 Franken, wie diese genau auf die erwähnten Kanäle TV, Online, Social Media verteilt werden. Es war an der PK erklärt worden, dass die Aufschlüsselung im Voraus nicht möglich sei, er hätte aber trotzdem gerne mehr Details dazu.

Sepp Sennhauser bemerkt weiter, dass alle Markenkommissionen mehr Geld bekommen ausser die MKI. An der PK wurde ihm aber vom Vorstand zugesichert, dass auch die MKI genug Budget habe. Er schliesst mit einem Hinweis an die Delegierten: «Bitte redet immer zuerst mit einer zuständigen Person auf der Geschäftsstelle oder eines Gremiums, wenn ihr einen Antrag oder eine Frage habt. Viele Fragen können so direkt geklärt werden».

Urs Brändli dankt für diesen Aufruf. «Ich kann das unterstützen; sehr oft lassen sich die Dinge im Gespräch erklären, und es ist kein Antrag nötig». Die Verwendung der SMP-Gelder wird von der Bio-Milchmarkt-Runde jeweils sehr genau und detailliert betrachtet. Ob bereits beim Budget eine stärkere Aufschlüsselung möglich sei werde geprüft.

Zum Budget der Markenkommission Import ergänzt Monika Rytz, dass durch den Wegfall von Auslandsreisen, die jetzt die Zertifizierungsfirma ICB übernimmt, weniger Geld als früher benötigt wird. Sie bestätigt, dass die MKI genügend Ressourcen haben wird, falls mehr Geld als budgetiert gebraucht wird.

#### Abstimmung über die Jahresplanung und Budget 2020

- ? Soll die Jahresplanung und Budget 2020 genehmigt werden? ☞ **{grosses Mehr}**
- ? Gegenmehr: Wer lehnt die Jahresplanung und das Budget ab? ☞ **{4 Gegenstimmen}**
- ? Enthaltungen ☞ **{keine Enthaltungen}**

- ⇒ **Das Budget 2020 - Fassung aus dem DV-Versand vom 9.10.2019 - ist genehmigt, mit Erträgen von 17'744'450 Franken und Ausgaben von 17'877'342 Franken, so dass ein Ausgabenüberschuss (Manko) von -132'892 Franken entsteht.**

Die Schweizer Bergheimat beantragt, dass künftig bei Jahresplanung / Budget sowie bei der Jahresrechnung (Frühlings-DV) in den erklärenden Texten grosse Schwankungen/ Abweichungen zu früheren Rechnungen konkret begründet und erklärt werden.

### **Abstimmung über den Antrag der Bergheimat zur Dokumentation Budget und Rechnung:**

- ? Soll der Antrag der Bergheimat genehmigt werden? ☞ **{grosses Mehr}**
- ? Gegenmehr: Wer lehnt den Antrag der Bergheimat ab? ☞ **{vereinzelte Gegenstimmen}**
- ? Enthaltungen ☞ **{vereinzelte Enthaltungen}**

- ⇒ **Der Antrag der Bergheimat ist angenommen. Die Finanz-Berichterstattung wird neu gestaltet und dabei dieses Anliegen aufgenommen.**

## **2 Weitere Beschlüsse**

### **2.1 Parolen Volksinitiativen Trinkwasser und Schweiz ohne synthetische Pestizide**

Martin Bossard, Leiter Politik, erläutert, warum der Vorstand eine Verschiebung der Parolenfassung beantragt: Wir gingen bei der Traktandenvorbereitung davon aus, dass spätestens im Mai 2020 über die Pestizid-Initiativen abgestimmt wird, nun wird es aber nach Aussage von Bundesrat Parmelin mindestens September.

Die beratende Kommission des Ständerates hat erkannt, dass die Politik mehr tun muss als bisher. Nicht zuletzt wegen der vielen neuen Studien und Resultate über Pestizide im Trinkwasser. Deshalb hat sie eine parlamentarische Initiative eingereicht. Sie will damit – parallel zur Beratung der Agrarpolitik 2022+ – einen verbindlichen Absenkpfad für den Pestizideinsatz verankern, nötigenfalls per Gesetz. Diese Arbeiten laufen nun den Winter über. Im 1. Halbjahr 2020 erwarten wir die konkreten Massnahmen zum Absenkpfad und die Botschaft zur Agrarpolitik 2022+.

Aufgrund dieser Ausgangslage ist es für eine Parolenfassung heute eindeutig zu früh. Wir haben immer gesagt, dass dazu die wesentlichen Fakten bekannt sein müssen. Stattdessen schlagen wir vor, heute eine Resolution zu verabschieden. Damit zeigen wir, welche vielfältigen Massnahmen der Biolandbau trifft, die in den Initiativen adressiert werden. Der Text ist in den versendeten DV-Unterlagen zu lesen.

#### **Antrag Bergheimat und Diskussion:**

Donatha Clopath, Schweizer Bergheimat, erläutert den Antrag der Bergheimat, die Parolen zu den Initiativen schon jetzt zu fassen und dass Bio Suisse sich klar für zwei JA ausspricht. «Wir denken dass wir trotz der politischen Taktiererei den Mut haben müssen und jetzt zu unseren Idealen stehen sollen».

Felix Lang, Bio Nordwestschweiz, unterstützt den Antrag des Vorstandes. Er betont, dass die Pestizid-Initiativen von Konsumentinnen und Konsumenten eingereicht wurden, aus Sorge um unsere Umwelt und unser Trinkwasser. Wir nehmen die klare Faktenlage und Besorgnis ernst. So richtig und wichtig die Initiativen sind, sie erscheinen uns unrealistisch und unpraktikabel. Deshalb setzen wir uns für einen echten Kompromiss und für einen Gegenvorschlag ein. Damit erreichen wir mehr für die gesamte Landwirtschaft und riskieren nicht ein Zerwürfnis, das schlussendlich allen schadet.

Frank Siffert, Bio-Vaud, unterstützt ebenfalls den Antrag des Vorstandes. Er ergänzt, dass die notwendige Reduktion der chemisch-synthetischen Pestizide nicht nur die Landwirtschaft betrifft, sondern auch Verkehrswege wie die SBB-Geleise, Privatgärten und öffentliche Grünanlagen. Diese Bereiche sind in den Initiativen nicht angesprochen, die Aktionen müssen aber aufgrund der dort ausgebrachten Mengen an Pestiziden auf diese Flächen ausgeweitet werden.

Martin Bossard antwortet, dass diese Bereiche voraussichtlich mit der parlamentarischen Initiative angesprochen werden. Wir wissen aber nicht, was dabei herauskommen wird, deshalb können wir es jetzt noch nicht entscheiden.

Thomas Herwig, Bio-Jura: «Ich bin froh, dass die Debatte so verläuft; wir müssen die Entscheide klug und überlegt vollführen bei unserer Grösse des Verbandes. Die Thematik Wasser wird uns für Jahre noch beschäftigen; wir sollen darüber reden, wie wir vorwärtsgehen und was wir vom Biolandbau dafür tun».

Zur Resolution gibt es keine Wortmeldungen.

### **Abstimmung Parolenfassung**

- ? Soll die Parolenfassung auf den April 2020 oder später verschoben werden (Antrag Vorstand)? ☞ **{grosses Mehr}**
- ? Soll an der heutigen DV über die Parolenfassung abgestimmt werden (Antrag Bergheimat)? ☞ **{5 Stimmen}**
- ? Enthaltungen ☞ **{1 Enthaltung}**

⇒ **Die Parolenfassung zu den Volksinitiativen Trinkwasser und Schweiz ohne chemisch-synthetische Pestizide wird auf den April 2020 oder später verschoben.**

### **Abstimmung Resolution**

- ? Soll der Antrag des Vorstandes angenommen werden, d.h. soll die Resolution gemäss Nachverständstext angenommen werden? ☞ **{grosses Mehr}**
- ? Gegenmehr: Soll die Resolution abgelehnt werden? ☞ **{6 Gegenstimmen}**
- ? Enthaltungen ☞ **{2 Enthaltungen}**

⇒ **Die Resolution wird veröffentlicht.**

## **2.2 Bestätigung Wahl Qualitätsgremium**

---

Christian Butscher, Vorstand, erläutert die aktuelle Situation im Qualitätsgremium: In den Markenkommis-sionen MKI und MKV gab es Rücktritte mit Folgen für das Qualitätsgremium, deshalb waren manche Gremien nur knapp beschlussfähig. Der Vorstand hat den Funktionsbeschreibung des Qualitätsgremiums angepasst und das QG durch mehr Mitglieder breiter abgestützt. Neu sind je zwei Personen der MKs im Qualitätsgremium statt einer Person. Weiter wurde die Stellvertretung des Präsidiums geregelt, indem diese die Stellvertretung des Vorstands-Ressorts Qualität wahrnimmt. Konkret hat der Vorstand am 24.9.2019 Monika Rytz als Stellvertreterin des Vorstandsmitglieds Christian Butscher gewählt. Der Vorstand hat im QG aber weiterhin nur eine Stimme.

Nike Böger wurde vom Vorstand am 29.10.2019 als MKI-Präsidentin ad interim als Vertretung ins QG gewählt.

Die Markenkommis-sionen MKI und MKV haben neue Mitglieder und wurden aufgestockt. Sie sind derzeit daran, sich einzuarbeiten und zu konstituieren. Sie bestimmen erst in den nächsten Wochen, wer ihre zukünftige Präsidentin oder ihr zukünftiger Präsident sein will und wen sie ins QG delegieren wollen. Deshalb kommen die weiteren Vorschläge für die QG-Mitglieder nicht diesen Herbst an die DV sondern erst an die Frühlings-DV.

Der Vorstand beantragt die Ersatzwahl von **Monika Rytz** und **Nike Böger** ins Qualitätsgremium zu bestätigen.

### **Abstimmung**

- ? Soll die Wahl des Qualitätsgremiums gemäss dem Antrag des Vorstandes bestätigt werden? ☞ **{grosses Mehr}**
- ? Gegenmehr: Soll der Antrag abgelehnt werden, d.h. wird die Bestätigung der Wahl abgelehnt? ☞ **{keine Gegenstimmen}**
- ? Enthaltungen ☞ **{keine Enthaltungen}**

⇒ **Urs Brändli gratuliert den Neugewählten, denen damit die Delegierten das Vertrauen aussprechen.**

## 2.3 Pflichtmitgliedschaft für Knospe-Schweineproduzenten

---

Andreas Bracher, Präsident Interessengemeinschaft Bio Schweine (IG BSS) erläutert die Hintergründe des vorliegenden Antrags für eine Pflichtmitgliedschaft für die Bio-Schweinehalter, die in den Detailhandel Schweine liefern:

Die Markt- und Preissituation für Bio-Schweinefleisch ist sehr angespannt, da es seit August 2018 eine Überproduktion gibt. Dadurch sind die Produzenten-Preise um 20 % gesunken während gleichzeitig die Futterpreise gestiegen sind. Zurzeit ist deshalb die Bio-Schweinefleischproduktion ökonomisch nicht rentabel bzw. für einige ein Verlustgeschäft.

In den letzten Monaten haben Vertreter der IG BSS sehr viele Gespräche geführt, um eine Verbesserung der Situation zu bewirken, mit der FG Fleisch der Bio Suisse, Lizenznehmern, Produzenten und dem Handel. Der Vorschlag einer Vertragsproduktion wurde von Micarna abgelehnt. Die Forderung der Verarbeiter ist nun, mehr Transparenz zu Angebot und Nachfrage zu erhalten und die dazu notwendige Meldung der Zahlen an Bio Suisse. Dies erfordert die Einführung einer Pflichtmitgliedschaft für Bio-Schweinehalter, die in den Detailhandel liefern, die damit verpflichtet würden, die Zahlen zu liefern.

Ziele Pflichtmitgliedschaft:

- Klare Transparenz auf allen Stufen: Produzent, Handel und Abnehmer
- Überproduktion aus ökologischen und ökonomischen Gründen verhindern.
- Nur so kann die Bioschweineproduktion die Bio-Anforderungen bezüglich den sozialen und nachhaltigen RL erfüllen.
- Eventuell Einführen einer Warteliste

Andreas Bracher bittet für ein Ja zu einer Pflichtmitgliedschaft; er empfiehlt ebenfalls die Zustimmung zum Gegenantrag des Vorstands.

Milo Stoecklin, Vorstand, erläutert den Antrag des Vorstands, einen Prozess zur Optimierung der Marktbetreuung gesamthaft anzugehen:

Der Vorstand versteht die Unsicherheit und teilt die Sorge zu den Märkten, vor allem wo die Preise tatsächlich schon gesunken sind. Das Thema Transparenz betrifft auch andere Produkte und Bereiche, zum Beispiel Getreide. Es geht beim Vorschlag des Vorstands nicht um eine Zustimmung oder Ablehnung des Antrags der IG BSS, sondern um eine Ergänzung.

Der Vorstand schlägt vor, eine Gesamtstrategie für die Optimierung der Markttransparenz zu erarbeiten, mit dem Ziel, Massnahmen zu entwickeln, die in verschiedenen Märkten eingesetzt werden können. In einem breiten Prozess sollen Vor- und Nachteile von verschiedenen Marktbetreuungsmechanismen diskutiert werden. Daraus sollen zwei bis drei realistische Szenarien entwickelt werden, wie Bio Suisse sich in der nahen und mittelfristigen Zukunft im Bereich Marktbetreuung in den verschiedenen Märkten positionieren kann. Die Szenarien werden unter Einbezug der verschiedenen Akteure entwickelt. Der Prozess startet gemäss der Abbildung auf der Folie mit der Bedürfniserhebung im Marktgremium und einem Tag an der Retraite von Vorstand und GL. Informationen sind an den PKs und an der Frühlings-DV vorgesehen. Entscheide sollen im Sommer/Herbst 2020 gefällt werden.

Fragen und Diskussion:

Peter Schweizer, Bio Ostschweiz: «Als Mitunterzeichner des Antrages der IG BSS bin ich über die Entwicklung sehr erfreut; ich habe das Vertrauen in den Vorstand für den vorgeschlagenen Prozess, ich unterstütze beide Anträge».

Thomas Herwig, Bio Jura, unterstützt ebenfalls beide Anträge. «Ich bin sehr froh, dass wir einen sichtbaren Prozess vor uns haben; wir haben eine neue Situation, dass wir nicht mehr alle Rohstoffe abbringen können. Wartelisten sind eine Grauzone; der Markt wartet auf günstige Bio-Produkte, aber ob sie die Leistung dahinter schätzen und bezahlen, ist die Frage».

Claude-Alain Gebhart, Progana und Präsident IG Weidebeef, unterstützt beide Anträge. Beim Weidebeef konnte mit einfachen Optimierungsmassnahmen das Geschäft für die nächsten drei Jahre konsolidiert werden.

Lori Spuhler, Schweinezüchter, IG Bio Schweine: «Wir brauchen die Pflichtmitgliedschaft; wir brauchen auch vor allem Konsumentinnen und Konsumenten die Bio-Schweinefleisch kaufen».

### **Abstimmung Pflichtmitgliedschaft Knospe-Schweine-Produzenten**

? Soll der Antrag der Bärner Bio Bure, Bio Ostschweiz und Bio ZH-SH angenommen werden (Vorbereitung neue RL Pflichtmitgliedschaft für Bio-Schweine-Produzenten)? ☞ **{grosses Mehr}**

? Gegenmehr: Soll der Antrag abgelehnt werden? ☞ **{keine Gegenstimme}**

? Enthaltungen? ☞ **{1 Enthaltung}**

### **Abstimmung Prozess Marktbetreuung**

? Soll der Antrag des Vorstandes (Breiter Prozess zur Optimierung der Marktbetreuung in den verschiedenen Märkten) angenommen werden? ☞ **{grosses Mehr}**

? Gegenmehr: Soll der Antrag abgelehnt werden? ☞ **{keine Gegenstimmen}**

? Enthaltungen? ☞ **{keine Enthaltungen}**

- **Die Pflichtmitgliedschaft wird eingeführt. Details werden von der IG Bio Schweine zusammen mit Bio Suisse geregelt.**
- **Der Prozess Marktbetreuung wird wie vorgeschlagen gestartet.**

## **3 Richtliniengeschäfte**

### **3.1 Befristete Zulassung GVO-Impfstoff Vaxxitek bei Mastpoulets**

Christian Butscher, Vorstand, erläutert das Geschäft und den Antrag des Vorstands: Das Thema hat uns schon mehrfach beschäftigt und ist sehr komplex. Die detaillierten Fakten sind in den DV-Unterlagen zu finden, sehr gut aufgearbeitet von der Abteilung Landwirtschaft.

Wir haben es mit Gumboro zu tun, einer hochansteckenden Viruserkrankung, die seit 2013 vermehrt auf Freilandbetrieben aufgetreten ist. Der herkömmliche Impfstoff (ohne GVO=gentechnisch veränderter Organismus) hat eine ungenügende Wirkung. Dies hängt auch damit zusammen, dass gemäss RAUS-Verordnung die Mastpoulets am 21. Tag auf die Weide müssen. Zu diesem Zeitpunkt ist der Impfschutz noch ungenügend und die Tiere stecken sich auf der Weide immer wieder an, da das Gumboro-Virus in der Umwelt mehrere Jahre überleben kann. Auch Hygiene-Massnahmen und eine Verlängerung der Stallhaltung mittels Ausnahmegewilligung brachten keine genügende Wirkung, es starben immer noch zu viele Tiere. Deshalb hat der Vorstand 2017 eine befristete Bewilligung für den gentechnisch veränderten Impfstoff Vaxxitek erteilt. Dieser Entscheid wurde an der DV im Herbst 2018 von den Delegierten gestützt, verbunden mit dem Auftrag an eine Arbeitsgruppe für die Suche nach Alternativen.

Die Arbeitsgruppe, zusammengesetzt aus Vertretern der Geschäftsstelle, der Gremien und Pouletmästern hat 2019 dreimal getagt und nach Lösungen gesucht. Das Ergebnis der Abklärungen ist, dass es derzeit keine wirksame Alternative zur GV-Impfung gibt.

- Komplementärmedizin: Es gibt aktuell keine wirksamen alternativen Methoden (vorbeugend oder heilend)
- Zucht: langfristige Lösung; es ist sehr unsicher, ob Resistenzen gegen das Virus eingezüchtet werden können
- Impfstoffe: Der herkömmliche Impfstoff (ohne GVO) ist ungenügend wirksam, weil man erst später impfen kann (nach Weidestart) und die Hühner stecken sich immer wieder an; der stärkere Impfstoff Nobilis 228 wäre wirksamer, schwächt aber auch die Tiere, es gibt in der Schweiz aktuell keine Zulassung dafür. Vaxxitek ist seit 2017 zugelassen, wird in der Brüterei geimpft und ist sehr gut wirksam gegen Gumboro.
- Geflügel später auf die Weide (bei Verwendung des herkömmlichen Impfstoffs): Das BLW hat eine generelle Anpassung der RAUS-VO für späteren Weidebeginn (um den 32. Tag) bei Bio-Poulets abgelehnt.
- Verfügbarkeit von GVO-freien Impfstoffen in Zukunft: Einschätzung des FiBL, es wird noch länger GVO-freie Impfstoffe geben, eine Prognose ist aber schwierig.
- Ethische Aspekte und Tierschutz: Es ist ein grundlegendes Prinzip des Biolandbaus, auf gentechnische Methoden zu verzichten. Bei Pflanzen ist das ganz klar, mit der Tiermedizin haben wir uns noch nicht so viel befasst. Wenn wir dem Tier gegenüberstehen haben wir eine andere ethische Si-

tuation als bei Pflanzen. Bei kranken Tieren muss auch die Tierschutzverordnung eingehalten werden. Ab 3% Mortalität muss der Betriebsleiter wirksame Massnahmen ergreifen, er kann nicht einfach 10% tote Tiere hinnehmen.

Die Arbeitsgruppe und der Vorstand sind der Ansicht, dass die Vermarktung mit der Knospe weiterhin möglich sein soll. Begründung: diese Ausnahme wäre richtlinienkonform, sofern die DV dem Vorschlag zustimmt, denn sie wäre ausdrücklich in den Richtlinien verankert. Die Ausnahmeregelung betrifft, wenn überhaupt, nur wenige Betriebe. Es soll auch keine Ungleichbehandlung von Micarna (Migros Bio) und Bell (Naturaplan-Knospe)-Betrieben geben.

Die Delegierten stehen nun vor einem schwierigen Abwägen (Folie Abbildung mit einer Waage): Wir haben auf der einen Seite die Möglichkeit der Bio-Verordnung, gentechnisch veränderte Arzneimittel und Impfstoffe anzuwenden, die Solidarität mit betroffenen Betrieben, die Tierschutzverordnung und das Tierwohl; auf der anderen Seite spricht gegen den weiteren Einsatz der GV-Impfstoffs das Image, der GVO-Ausschluss durch unsere Richtlinien, und die hohe Erwartung der Konsumenten für GVO-freie Produktion.

Aus Sicht des Vorstands kippt die Waage zugunsten eines Notfallplans für betroffene Betriebe und für das Tierwohl auf die Seite der Anwendung des GV-Impfstoffs Vaxxitek. Arbeitsgruppe, MKA und Vorstand schlagen den Delegierten vor, dass der Einsatz von Vaxxitek ab 1.1.2020 nicht mehr flächendeckend, sondern nur noch einzelbetrieblich, auf tierärztliche Verordnung und mit Ausnahmegenehmigung durch Bio Suisse möglich sein soll. Diese Ausnahmeregelung soll bis 31.12.2024 gelten mit dem Ziel, bis dann die Entwicklung des Infektionsdrucks und neuer Impfstoffe zu beobachten und eine andere Lösung zu finden.

### **Antrag Bergheimat und Diskussion:**

Maurus Gerber, Bergheimat, erläutert den Antrag der Bergheimat. Es sei eine Güterabwägung vorzunehmen: Richtlinie versus Tierwohl. Die GVO-Freiheit ist für die Bergheimat wichtiger als das Tierwohl; bei einer Ausnahme – also einer Anwendung von Vaxxitek – dürfe es keine Vermarktung mit der Knospe geben.

Christian Butscher erwidert, dass diese Frage auch in der AG diskutiert wurde: wir wollen die Gesamtbetrieblichkeit aufrechterhalten und Solidarität mit den betroffenen Betrieben zeigen. AG und Vorstand sind gegen eine Vermarktungssperre, eine solche würde die Existenz einzelner Mastpoulet-Betriebe in Frage stellen.

Willy Schmutz, Bio Nordwestschweiz ist enttäuscht vom Bund, dass dieser keine Ausnahme macht für einen Auslauf erst ab dem 42. Tag, dann wäre doch das Problem gelöst.

Christian Butscher, Vorstand, erläutert, dass die RAUS-Verordnung nicht für wenige Betriebe geändert werden kann; begründete Ausnahmen sind einzelbetrieblich und auf tierärztliche Verordnung aber möglich.

Matthieu Glauser, Bio Vaud, erklärt, dass ihre Organisation Vaxxitek ablehnt, denn die Konsumenten wollen keine GVO in Knospe-Produkten. Bei der Waage müssten wir das Kästchen «Solidarität» auf die andere Seite tun; ein Solidaritätsfonds könnte gegründet werden; alle Betriebe, die ihr Fleisch nicht mehr mit der Knospe verkaufen können, bekommen Geld aus diesem Fonds.

Jürg Moser, Interessengemeinschaft Biopoulet, meint zum Vorschlag von Matthieu Glauser, dass sie auch über die Möglichkeit eines Fonds diskutiert haben. Auch wenn die wirtschaftliche Situation damit teilweise abgedeckt wäre, wäre das Problem auf der Tierseite nicht gelöst. Das Problem der Seuche und der toten Tiere würde weiterbestehen. Als direkt Betroffener betont er, dass die Bio-Pouletmäster nicht glücklich sind über die Anwendung eines GV-Impfstoffs. Es ist aber im Moment so, dass sie keine konkrete Alternative in den Händen haben.

Sepp Sennhauser, Bio Ostschweiz: «Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Wir müssten eigentlich die Poulets anschreiben für die Transparenz für die Konsumenten: 'kann Vaxxitek enthalten'. Ich bin enttäuscht von den Pouletmältern, dass sie keinen Plan B haben.»

Tania Wiedmer vom Bioforum fragt, ob man etwa weiss zur Grösse der betroffenen Betriebe?

Thomas Pliska, Bereichsleiter Landwirtschaft der Geschäftsstelle antwortet, dass kleine und grosse Betriebe betroffen sind. Es sei einfach Pech, wenn man den Virus erwischt. Grosse Betriebe haben aufgrund grösserer Bestände auch mehr tote Tiere.



Reto Betschard, Bio Schwyz: Eine Impfung mit dem herkömmlichen Impfstoff ist doch möglich und die Tiere könnten per Ausnahmegewilligung später rausgelassen werden, das wäre doch eine Lösung?  
Thomas Pliska erwidert, dass man mit dem herkömmlichen Impfstoff das Problem aufgrund der gemachten Erfahrungen nicht in den Griff bekommt, auch wenn man die Tiere später rauslässt.

### **Abstimmung**

Ausmehrung Antrag Vorstand gegen Antrag Bergheimat

Falls das Geschäft in der Schlussabstimmung angenommen wird:

? Soll der Antrag des Vorstandes angenommen werden (einzelbetrieblicher, befristeter Einsatz von Vaxxitek)? ☞ **{38 Stimmen}**

? Soll der Antrag der Bergheimat angenommen werden (Zusatz zum Vorstandsantrag: keine Vermarktung mit der Knospe)? ☞ **{25 Stimmen}**

? Enthaltungen? ☞ **{20 Enthaltungen}**

### **Schlussabstimmung**

? Soll der obsiegende Antrag aus vorangehender Abstimmung angenommen werden, also der Antrag des Vorstands für eine weitere befristete und einzelbetriebliche Bewilligung für GV-Impfstoff Vaxxitek? ☞ **{37 Stimmen}**

? Gegenmehr: Soll der Antrag abgelehnt werden? ☞ **{48 Gegenstimmen}**

? Enthaltungen? ☞ **(wurde nicht ausgezählt)**

⇒ **Der Impfstoff Vaxxitek wird für Knospe-Tiere nicht mehr zugelassen sein per 1.1.2020.**

## **3.2 Weisung Junghahnmast (Mastjunghähne)**

---

Christian Butscher vertritt den Antrag des Vorstandes für eine neue Weisung für Mastgeflügel. Diese betrifft Mastjunghähne, die Bruderhähne von Legelinien und Zweinutzungsstypen. Es geht nicht um eine Pflicht zur Aufzucht von Bruderhähnen. Sondern es geht darum, dass wir regeln, unter welchen Bedingungen Junghähne aufgezogen werden sollen.

Eine Arbeitsgruppe bestehend aus Gremienmitgliedern, Pouletproduzenten, Eierproduzenten und Mitarbeitenden der Geschäftsstelle traf sich 2019 zu drei Sitzungen, um einen Kompromiss zu erarbeiten, nachdem frühere Vorschläge zurückgewiesen worden waren. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe konnten sich aber erneut nicht einigen, worauf die MKA und der Vorstand die vorliegende Variante beschloss. Ein Antrag der IG Bio Ei ist auf das Datum der PK eingereicht und vorgestellt worden. Nun kann die DV über die zu bevorzugende Variante beschliessen.

Der Vorschlag von MKA und Vorstand ist ein Kompromiss, eine Mischung aus den Anforderungen für Legehennen und Pouletmast, da die Hühner in der Entwicklung anders sind und somit auch andere Ansprüche an die Haltung haben. Es gibt angepasste Anforderungen im Vergleich zur Pouletmast, zum Beispiel der Aussenklimabereich. Es soll keine Konkurrenz am Markt geben zur Pouletmast. Wichtige Eckpunkte sind:

- Die Junghähne müssen spätestens am 42. Tag auf die Weide, also deutlich später als die Poulets mit 21. Tagen. Bruderhähne der Legelinien entwickeln sich deutlich langsamer als Poulets. Bei kalter Witterung ist der 21. Tag deshalb je nach Standort zu früh für den Weidebeginn.
- Die Mindestweidedauer beträgt 42 Tage und 50 % der Lebensdauer. Junghähne, die erst am 42. Tag Weidezugang haben, dürfen somit frühestens am 84. Tag geschlachtet werden.
- Herdengrösse in der Vormast (bis max. 42. Tag): neu 4'000 Tiere pro Stall wie bei den Junghennen statt 2'000 wie bei Poulets. Begründung siehe Spezialfall Junghahnmast gemeinsam mit Junghennen
- Herdengrösse ab dem 42. Lebenstag: max. 500 Tiere pro Stall
- Schlechtwetterauslauf: Bei fixen Ställen mit mehr als 500 Tierplätzen ist ein ungedeckter Schlechtwetterauslauf Pflicht.
- Die Stallmasse orientieren sich an den Massen der Pouletmast.

Markus Schütz vertritt den Gegenvorschlag der IG Bio-Ei. Es geht nach wie vor um unterschiedliche Standpunkte zu Stallgrösse und Platzbedarf. Er zeigt anhand von Fotos, dass die Junghähne kleiner und dünner sind als die gleich alten Mastpoulets, deshalb benötigen sie auch andere Aufzuchtbedingungen. Die Junghähne brauchen aber – obwohl sie kleiner sind - nicht weniger Platz, da sie mehr Bewegungsdrang haben. Die Junghähne sollen als «Brüder der Junghennen» gemäss den gleichen Stall- und Halteanforderungen wie Junghennen aufgezogen werden. Die vorhandenen 4'000er-Aufzuchtställe hätten sich bei den Junghennen bestens bewährt und seien folglich auch für die Junghähne gut geeignet. Dank dem integrierten Wintergarten und dem damit verbundenen zusätzlichen Platz seien die Junghennen-Aufzuchtställe auch bezüglich Tierwohl zu bevorzugen. Die IG Bio-Ei verlangt bereits ab dem 22. Tag Auslauf im Aussenklimabereich, sofern es die Witterungsbedingungen zulassen (Vorstand: erst ab 42. Tag, kein AKB). Ein Junghahn unterscheidet sich bezüglich Entwicklung, Tageszunahmen etc., aber auch als Produkt am Markt klar von einem Mastpoulet (z.B. weniger Fleisch, geringerer Brustanteil), eine Konkurrenz sei nicht zu befürchten. Die Aufzucht in grösseren Stalleinheiten garantiert auch bezüglich Produktionskosten eine gewisse Nachhaltigkeit. Es sind aber verschiedene Stallvarianten möglich. Dies ist wichtig, damit möglichst viele Betriebe Junghähne aufziehen. Im gegenwärtigen Marktumfeld ist die Junghahnmast nicht wirklich rentabel. Der vorliegende Vorschlag muss noch in der Praxis getestet werden, was mit bestehenden Infrastrukturen möglich ist. Dann kann die Weisung immer noch angepasst werden.

Fragen und Diskussion:

Sepp Sennhauser, Bio Ostschweiz, ist klar für den Antrag der IG Bio Ei. Die Branche macht selber einen Vorschlag. Man kann die bestehende Infrastruktur nutzen, und wir haben strenge Anforderungen bei der Legehennenhaltung.

Jürg Moser, Vertreter der Pouletmäster, argumentiert, dass der Vorschlag des Vorstands ein Arbeiten mit den bestehenden mobilen Ställen und Junghahnställen der Pouletmäster ermöglicht. Der Konsument erwartete bei der Pouletmast kleine Einheiten mit direktem Weidezugang.

### **Abstimmung**

#### **Ausmehrung Antrag IG Bio Ei gegen Antrag Vorstand**

#### **Falls das Geschäft in der Schlussabstimmung angenommen wird:**

? Soll der Antrag des Vorstandes angenommen werden (Weisung Mastjunghähne)? ☞ **{9 Stimmen}**

? Soll der Antrag von IG Bio Ei angenommen werden (Weisung Mastjunghähne wie Junghennen)? ☞

**{grosses Mehr}**

? Enthaltungen? ☞ **{7 Enthaltungen}**

### **Schlussabstimmung**

? Soll der obsiegende Antrag, also der Antrag der IB Bio-Ei aus vorangehender Abstimmung angenommen werden? ☞ **{grosses Mehr}**

? Gegenmehr: Soll der Antrag abgelehnt werden? ☞ **{1 Gegenstimme}**

? Enthaltungen? ☞ **{vereinzelt Enthaltungen}**

⇒ **Der Vorschlag der IG-Bio-Ei gilt als Weisung für die Aufzucht von Bruderhähnen und Zweinutzungsrasen per 1.1.2020**

⇒ **Aufnahme in die Richtlinien aber erst per 1.1.2021 möglich.**

## **4 Informationsgeschäfte**

### **4.1 Bildungsziele Bio Suisse 2030**

Urs Guyer, zuständig für Bildung und Forschung auf der Geschäftsstelle, berichtet über den Stand der Ziele für die Bio-Bildung.

Alle fünf Jahre werden die Ziele der landwirtschaftlichen Berufsbildung überarbeitet. 2017 fand eine Teilrevision statt, jetzt läuft der Prozess der nächsten Totalrevision, an der sich Bio Suisse beteiligt. Der Bildungsausschuss hat Ziele für die Bio-Bildung und ihre Ausgestaltung formuliert. Dazu wurde eine Vernehmlassung bei den MOs durchgeführt. Rückmeldungen sind eingegangen von: Bio Ostschweiz, Bio

Lichtenstein, Bio Grischun, Bio ZH/SH, Bio Zug, Bio Schwyz, Bio Uri, Bio Luzern, Bärner Bio Bure und Terraviva. Kritische Rückmeldungen der MOs gingen ein zu den Themen: Einführung Fachrichtung Biolandbau (eigenes Qualifikationsverfahren), Vorschlag 4-jährige Lehre, ebenfalls negative Rückmeldungen zu Begriff Bildungs-Knospe.

Urs Guyer erläutert das weitere Vorgehen für die Erarbeitung der Ziele der Bio-Bildung 2030:

Mitte November bis Mitte Dezember 2019 führt die OdA AgriAliform bzw. die OdA Mitgliederorganisationen (kantonale Bauernverbände, Berufsverbände, Bio Suisse) eine Umfrage zur Grundbildung 2030 durch. Befragt werden Bio-Lehrmeister, Lehrkräfte, ÜK-Instruktoren und Absolventen, wie die Ziele der Bildung im Biolandbau in Zukunft aussehen sollen. Die Ergebnisse werden von Bio Suisse im Januar zusammengetragen und an die OdA gemeldet. Die Umfrageresultate werden im Bildungsausschuss und Vorstand diskutiert und die Ziele für die Bio-Bildung überarbeitet. An einer DV im 2020 wird wieder darüber berichtet und dann entschieden.

Die heissen Eisen der Bildung sind die folgenden:

Wie wird eine naturnahe Landwirtschaft als zukünftige Basis der Grundbildung definiert?

Wie wird die Fachrichtung Biolandbau, die wir empfehlen, konkret ausgestaltet, zum Beispiel bezüglich Qualifikationsverfahren?

3- oder 4-jährige Grundbildung: wir sind für eine 4-jährige Lehre; diese würde die Berufspraxis stärken und die vielen Lektionen könnten besser verteilt werden.

Urs Brändli betont: Wenn wir ein Gewicht haben und unsere Anliegen einbringen wollen für Biolandbau und naturnahen Anbau, müssen wir als Bio Suisse mit einer Stimme reden.

## **4.2 Bericht über politische Geschäfte**

---

Martin Bossard, Leiter Politik, informiert über aktuelle und anstehende politische Geschäfte, die Bio Suisse betreffen.

Auf der Homepage sind unter <https://www.bio-suisse.ch/de/politik.php> Informationen zu den aktuellen nationalen Initiativen im Bereich Landwirtschaft aufgeschaltet. Bitte nutzt diese in den MOs!

Die Parlamentswahlen diesen Herbst haben grosse Gewinne für die Grünen gebracht, es sind aber noch nicht alle Ständeräte gewählt. Wie sich die neuen politischen Mehrheiten auf die Agrarpolitik auswirken werden, muss sich noch zeigen. Die Agrarallianz wird ein Treffen mit ParlamentarierInnen organisieren, um aktuelle Themen der Agrarpolitik zu diskutieren.

Bei der Förderung der Pflanzenzüchtung, einer sehr wichtigen Grundlage für den biologischen Anbau, sind wir seit einigen Jahren dran und stehen kurz vor einem Erfolg. Es werden per 2020 voraussichtlich 3 Millionen Franken mehr für Züchtung zur Verfügung stehen, auch für die Bio-Züchtung.

Die Kennzeichnung «Gentechnikfrei» bzw. «Gentechnikfrei gefüttert» wird in verschiedenen Ländern unterschiedlich gehandhabt; solcherart gekennzeichnete Produkte werden aber teilweise in die Schweiz importiert. In der Schweiz war die Kennzeichnung auf dem Produkt rechtlich bisher nicht möglich, weil keine GVO-Pflanzen und -Futtermittel verwendet werden und Selbstverständliches nicht ausgelobt werden darf. Aufgrund einer Motion fand eine Vernehmlassung zu einer entsprechenden Gesetzesänderung statt. Ob die Kennzeichnung in der Schweiz kommt, ist zurzeit noch offen. Dies hängt u.a. auch davon ab, ob das bisherige Moratorium für GVO-Anbau in der Schweiz Ende 2021 ausläuft oder – dafür lobbiert Bio Suisse – nochmals verlängert wird.

Agrarpolitik 2022+: Die konkrete Ausgestaltung ist noch in Überarbeitung nach der Vernehmlassung. Einige Punkte, die bisher bekannt sind: Produktionssystembeiträge und Ressourceneffizienzbeiträge werden zusammengelegt, die Details sind aber noch unklar. In Zukunft soll für neue Betriebsleiter ein eidgenössisches Fähigkeitszeugnis Voraussetzung für den Erhalt der Direktzahlungen sein. Ein Sozialversicherungsschutz für Ehepartner soll für Direktzahlungsbezüger obligatorisch werden. Dafür hat sich auch Bio Suisse eingesetzt, da die soziale Komponente wichtig ist für die Nachhaltigkeit.

Die Reduktion von schädlichen Auswirkungen von Pestiziden und Düngern ist ein wichtiger Bestandteil der AP22+. Stickstoff- und Phosphorüberschüsse sollen reduziert werden, das Zulassungsverfahren für

Pestizide wird überprüft, und der Verzicht auf den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln soll gefördert werden.

Fragen:

Christoph Meili, Biofarm, fragt, ob für Bio-Pflanzenschutzmittel eine Vereinfachung des Zulassungsverfahrens möglich wäre, da diese ja nicht das gleiche Gefahrenpotential haben wie chemisch-synthetische Pestizide.

Martin Bossard antwortet, dass auch Naturstoffe nicht immer harmlos sind, zum Beispiel für Nützlinge. Ein strenges Zulassungsverfahren ist auch im Biolandbau notwendig und heute Standard. Wie dieses allenfalls vereinfacht werden kann, ist Gegenstand der politischen Diskussion.

Urs Brändli fasst folgende Punkte zusammen:

1. Wir setzen uns dafür ein, dass mehr öffentliche Mittel für öffentliche Güter eingesetzt werden. Bei den Produktionssystembeiträgen setzen wir uns gemeinsam mit IP Suisse dafür ein, dass kontrollierte Systeme Beiträge bekommen, damit wir nicht jede einzelne Massnahme, die wir gemäss unseren Richtlinien bereits einhalten, nochmals nachweisen müssen.
2. Wir wollen, dass der Biolandbau in keiner Weise schlechter gestellt wird.
3. Um die Nachhaltigkeitsleistungen des Biolandbaus gegenüber den politischen Verantwortlichen wissenschaftlich zu unterlegen, stützen wir uns stark auf eine neue Studie des Thünen-Instituts, einer Art deutschen Agroscope. In dieser Übersichtsstudie sind über 500 Vergleichsuntersuchungen zu Umweltauswirkungen von konventionellem und biologischem Anbau zusammenfasst. Diese Studie liefert sehr klare Argumente für den Vorteil des Biolandbaus bezüglich Wasser, Boden, Biodiversität u.a. Weblink: <https://www.thuenen.de/de/thema/oekologischer-landbau/die-leistungen-des-oekolandbaus-fuer-umwelt-und-gesellschaft/>

### **4.3 Distributionspolitik**

---

Balz Strasser, Geschäftsführer, berichtet über den Stand der Distributionspolitik. Der Prozess zur Überarbeitung der Distributionspolitik lief seit dem Frühjahr mit Workshops und dem Entscheid zum Stufenmodell am 2. Juli 2019. Er erinnert nochmals daran, um was es geht: Wer darf im Detailhandel die Knospe auf seinen Eigenmarken brauchen und unter welchen Bedingungen. Mit fast allen grösseren und mittleren Detailhändlern wurden Gespräche geführt und das Stufenmodell erklärt. Der Stand der Gespräche ist vertraulich. Zurzeit befasst sich eine Arbeitsgruppe mit der Ausarbeitung der Details zum Stufenmodell wie Richtlinien, Gebührenreglement, Kontrolle und Kommunikation.

### **4.4 Umsetzung der neuen Weisung Importeinschränkungen**

---

Hans Ramseier, Bereichsleiter Import der Geschäftsstelle, berichtet über den Stand der neuen Weisung zu Importeinschränkungen. Die DV hat der Importpolitik im Frühling zugestimmt, daraufhin wurde in diesem Jahr eine neue Weisung Importeinschränkungen mit den Detailbestimmungen ausgearbeitet, die per 1.1. 2020 in Kraft tritt. Nun geht es um die Umsetzung der Weisung. Bis Ende 2019 regelt die Abteilung Import die Prozesse und Zuständigkeiten. Diese sollen klar und transparent sein. Hans Ramseier erläutert den Prozess und die nächsten Schritte anhand von Abbildungen und Folien.

Im ersten halben Jahr gibt es eine Pilotphase, in der der Ablauf, die Kriterien und die Formulare auf Tauglichkeit getestet werden. Allenfalls nötige Anpassungen werden kommuniziert.

Alle neuen Anträge für Importprodukte werden ab 1.1.2020 mit dem neuen System bewertet. Bis Ende 2022 sollen alle bestehenden Herkünfte und Produkte neu bewertet werden.

Der Bereich Import der Abteilung QSE auf der Geschäftsstelle koordiniert den ganzen Prozess und die Bewertungen. Ein Bewertungsteam beurteilt die Produkte/Produktkategorien vertieft, wenn diese als möglicherweise bedenklich bezüglich Nachhaltigkeit eingeschätzt werden. Die MKI oder einzelne MKI Mitglieder sind bei allen Schritten einbezogen. Die MKI ist für die Vorgaben und Kriterien zuständig und beaufsichtigt die korrekte Prozessabwicklung. Am Ende des Bewertungsprozesses entscheidet das Qualitätsgremium abschliessend über die Importzulassung bei allen Produkten.

## **Anliegen Bio Genève betr. Handhabung sozialer Konflikte in Knospe-Landwirtschaftsbetrieben**

---

Bio Genève hat am 8.11.2019 eine Anfrage eingereicht zur Handhabung von sozialen Konflikten auf von Bio Suisse anerkannten Landwirtschaftsbetrieben im Ausland.

Daniel Tecklenburg, Bio Genève und Daniel Peltzer, Leiter Qualitätssicherung und -Entwicklung Geschäftsstelle, berichten, dass sie heute Morgen die wesentlichen Fragen bereits zusammen klären konnten.

Daniel Tecklenburg: Es geht uns um den Umgang mit sozialen Konflikten auf Knospe-Betrieben; wir sind sehr zufrieden mit der Geschäftsstelle der Bio Suisse über die Arbeit, die hauptsächlich Carole Nordmann durchführt und die Schritt für Schritt weitergeht.

Dieter Peltzer zeigt kurz auf, wo wir stehen mit Bio Sabor, ein Unternehmen in Spanien, das in der Kritik stand bezüglich sozialen Bedingungen. Es wurden erneut Sozialaudits durchgeführt, die in Ordnung waren. Wir und Gewerkschaften haben vor Ort verschiedene Gespräche geführt. Es sind noch nicht alle Abklärungen abgeschlossen. Carole Nordmann wird das nächste Jahr eine Gesamtanalyse machen bezüglich Risiken im sozialen Bereich im Ausland. Darauf basierend werden wir gezielt Massnahmen ergreifen.

### **4.5 Referat von Jan Plagge, Bioland**

---

Urs Brändli begrüsst Jan Plagge, Präsident von Bioland, Deutschland. Der Verband Bioland hat viel Ähnlichkeiten mit Bio Suisse, auch gemeinsame Wurzeln mit dem Beginn der Bio-Bewegung auf dem Möschi. Bioland ist von Bio Suisse direkt anerkannt, weist also ähnliche Anforderungen in den Richtlinien auf. Bioland hat über 8000 Mitglieder und an der Delegiertenversammlung mit 180 Personen wird lange über Richtlinien diskutiert. Bioland hat aufgrund der Bio Suisse Anforderung im Bereich Biodiversität auch ein Punktesystem aufgebaut, über das demnächst abgestimmt wird. Für eine Richtlinienänderung braucht es eine Zweidrittels-Mehrheit.

Der Referent berichtet von einer eindrucksvollen Entwicklung in Deutschland: es besteht ein grosses Interesse an der Umstellung auf den Biolandbau sowohl von Produzentenseite, wie auch von der Bundesregierung und von den Bundesländern. Im Bundesland Bayern wird sogar 40 % Biolandbau angestrebt. Wichtiges Bestreben von Bioland, aber auch den staatlichen Kampagnen ist: der Verbraucher muss auch umgestellt werden, sonst finden die Bio-Produkte keinen Absatz. Die an sich sehr positive Entwicklung ist eine riesige Aufgabe für die Verbände, etwa für die Umstellungsberatung, die Organisation des Verbands, die vielen Diskussionen und die Marktentwicklung.

Bioland hat die Strategie, keinen Vertriebskanal zu diskriminieren. Sie haben eine Matrix für verschiedene Kanäle, die Marktbearbeitung und Verbrauchernähe. Sie konnten einen Vertrag mit Lidl auf Augenhöhe schliessen. So enthält dieser Vertrag eine umfangreiche Regulierung zum Thema Preise und Werbung, auch zum Beispiel eine Fairplay-Ombudsstelle. Bioland versucht, Ausschreibungen durch langfristige Verträge mit Preis-Korridor zu ersetzen. Bisher wurden gute Erfahrungen mit diesem Vertriebskanal gemacht; der grosse Vorteil ist, dass sehr viele Verbraucher erreicht werden können.

Weitere wichtige Themen, auch bei IFOAM, dem Dachverband, sind die Nachhaltigkeitsbewertung, neue Gentechnik, faire Handelsketten und neue Strategien für den Klimaschutz. Wir brauchen eine progressive Klimaschutzstrategie aus dem Ökolandbau heraus!

---

Basel, 28. November 2019



Urs Brändli  
Präsident Bio Suisse



Karin Nowack  
stv. Verbandskoordination